

ИНФОРМАЦИОННЫЙ ОУГАН НЕМЦЕВ ИЗ СОВЕТСКОГО СОЮЗА
ИНФОРМАЦИОННЫЙ ОУГАН НЕМЦЕВ ИЗ СОВЕТСКОГО СОЮЗА
ИНФОРМАЦИОННЫЙ ОУГАН НЕМЦЕВ ИЗ СОВЕТСКОГО СОЮЗА

IONISS



Ioniss, Postfach 420231, 3500 Kassel
Sparkasse Bochum (BLZ 43050001), Konto-Nr. 17772203,
Kennwort: Zeitung

D R E I P R O B L E M E D E S K G B

Ein hochgestellter KGB-Offizier sagte in einem Gespräch mit einem Gläubigen: "Wir haben drei große Probleme: Touristen, Juden und Baptisten."

Touristen sind zwar in der UdSSR willkommen, weil sie Devisen ins Land bringen und "die Herrlichkeiten des Sozialismus" als Eindruck mit nach Hause nehmen sollen, aber sie bringen ja zugleich frischen Wind in die stickige Atmosphäre des Polizeistaates Sowjetunion.

Es sind vorwiegend Juden, die sich für die Menschenrechte in der UdSSR einsetzen. Sie fordern Demokratisierung im Interesse aller. Und sie fordern die Erlaubnis zur Ausreise für diejenigen, die nach Israel übersiedeln wollen. Bis jetzt hat die Sowjetregierung diese Bewegung nicht dämpfen können.

Das schwierigste Problem sind aber die bekennenden Baptisten. Da das Hauptanliegen der Kommunisten der Kampf gegen Gott ist, übersehen sie geflissentlich die Staatstreue der Christen und bezeichnen sie als Staatsfeinde, weil sie Gott kompromißlos ehren. Diese starke Organisation von mindestens 100 000 christlichen Bekennern ist jedoch selbst durch die grausamsten Unterdrückungsmaßnahmen nicht mundtot zu machen. Sie hören nicht auf, ihre Kinder zu Gottesdiensten mitzunehmen, ihren Glauben zu propagieren und trotz vieler Opfer an Leib und Leben im Untergrund Bibeln zu drucken. Es ist augenscheinlich nicht möglich, sie auszurotten.

V E R H A F T U N G I N R U M Ä N I E N

Am 10.01.81 wurden in Suceava (Rumänien) fünf im Oktober 1980 verhaftete Christen verurteilt, weil sie geheime Kontakte mit den Gläubigen in der UdSSR unterhielten und auch Einiges für sie tun konnten. Die Haftstrafen wurden wie folgt festgelegt: Mathias Fakner - 3 J.; Paul Gross - 4 J.; Manfred Herberth - 2 J.; Gheorge Hofmann - 1,5 J.; Michael Kloos - 3 J.

D E R D D R D R O H T E I N E Ö F F E N T L I C H E V E R U R T E I L U N G - H O F F N U N G F Ü R V E R F O L G T E V O N S I C H E R H E I T S D I E N S T E N

Eiene Frau steht Ihnen Mann, gegen den Staatsicherheitsdienst der DDR (Stasi), gegen die Bürokratie und für Menschenrechte. Ihr Ziel: eine öffentliche Verurteilung der DDR wegen "systematischer und glaubhaft nachgewiesener Menschenrechtsverletzungen" durch die UNO-Menschenrechtskommission; ein bisher auch sonst noch nie dagewesener Fall in der Geschichte der Vereinten Nationen, obwohl seit 1970 eine Resolution 1503 existiert, die eine solche Möglichkeit eröffnet.

Die Frau heißt Brigitte Klump, ist Anfang 40, Journalistin und wohnt bei München.

Was sie besonders bissig macht: Brigitte Klump hat persönlich diverse Erfahrungen mit dem Stasi gemacht, und zwar in der Zeit, als sie selbst noch DDR-Bürgerin war.

Während ihres Studiums nämlich an der Leipziger Karl-Marx-Universität, Sektion Journalistik (im DDR-Volksmund "Das rote Kloster"), sollte sie zu einem willfähigen Sprachrohr der Machtelite erzogen werden. Sie sollte bespitzeln und wurde bespitzelt, erlebte, wie ihre Freundin in die Verzweiflung und in den Tod getrieben wurde.

Sie setzte sich in den Westen ab und 20 Jahre später veröffentlichte sie alles in dem autobiographischen Tatsachenroman "Das rote Kloster" (Hoffmann und Campe, Hamburg 1978).

Das Buch muß "drüben" wie eine Bombe eingeschlagen sein. Ihr Bruder Hans-Jürgen Klump, und seine Familie, die noch in der DDR wohnten, bekamen jedenfalls umgehend Probleme mit dem Stasi. Vor allem ihr Neffe Klaus (21), der Journalist werden wollte, allerdings im Westen, hatte bald Ärger.

Am "roten Kloster", wohin man ihn delegiert hatte, wollte er sich jedoch nicht ausbilden lassen. Ein Fluchtversuch scheiterte unter ominösen Umständen, eine Gerichtsverhandlung fand statt, und Klaus Klump kam wegen Republikflucht ins Gefängnis. Natürlich wollte die Tante ihn raushaben.

Aber in dem Falle waren sogar die "besonderen Bemühungen der Bundesregierung" - wie der innerdeutsche Menschenfreikauf umschrieben wird - vergeblich. "Aus meiner Sicht ein klarer Fall von Sippenhaft", befindet Brigitte Klump. "Der Klaus sollte für meine Courage büßen."

Nachdem sie alle legalen Mittel ausgeschöpft, eine Fluchhilfe von vornherein ausgeschlossen hatte, sann sie anterweitig auf Abhilfe. Sie flog auf eigenen Kosten nach New York ins UN-Hauptquartier, führte unzählige Einzelgespräche, recherchierte unermüdlich, flog nach Genf, konferierte erneut x-mal und fand heraus:

Einzelbeschwerden, wie sie in 40 000 Fällen pro Jahr bei der Menschenrechtsabteilung in Genf eingehen, haben gar keinen Sinn.

Die werden fotokopiert, an die beschuldigten Staaten geschickt und die - reagieren nicht.

Es mußte einen anderen Weg geben. Brigitte Klump entdeckte ihn; nennen wir diesen Weg - die Methode 1503. Diese Methode beschreibt Brigitte Klump im Anfang des jetzt als Taschenbuch neu aufgelegten "Roten Klosters" (B.Klump: Das rote Kloster. Eine deutsche Erziehung. Produktion der Machtelite in der DDR, Goldmann, 1980) so:

"Wenn in einem Staat eine Situation vorliegt, die auf eine systematische und grobe Menschenrechtsverletzung hinzuweisen scheint, kann die Situation untersucht werden... Mehrere, gegen dieselbe Regierung gerichtete Beschwerden, die sich jeweils nur auf Einzelfälle beziehen, sind eine ausreichende Information dafür, daß in dem betroffenen Staat eine Situation im Sinne des 1503-Verfahrens vorliegt ..."

Die Resolution 1503, am 27. Mai 1970 vom Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (Ecosoc) verabschiedet, ermächtigt die UNO-Menschenrechtskommission, sich mit der Situation innerhalb eines Staates zu befassen. Der UN-Charta-Artikel 2, Absatz 7 (Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedstaaten) wird nicht berührt. Menschenrechtsverletzungen sind keine "inneren Angelegenheiten"!

Wie Brigitte Klump herausfand, müssen folgende Spielregeln beachtet werden, wenn die Sache Erfolg haben

soll:

Mindestens 20 Eingaben müssen personenbezogen und zur gleichen Zeit in Genf der Weltorganisation der UNO präsentiert werden. Die Menschenrechtskommission wird handlungsfähig, wenn sich zeigt, daß diese 20 Fälle auf systematische und glaubhaft nachgewiesene, grobe Menschenrechtsverletzungen hinweisen. Es müssen 20 Fälle sein, es können 100, es könnten 1000 Fälle sein.

Notwendig ist nur die Vorlage zur gleichen Zeit.

Zu den Spielregeln gehört, daß diese Eingaben nicht nur in deutscher, sondern auch in englischer Fassung vorgelegt werden, damit die UNO nicht erst eine Übersetzung in Englisch anfertigen lassen muß, die eine Verzögerung der Angelegenheit um drei bis vier Monate bewirkt.

Brigitte Klump bietet sich an, diese 20 Fälle - oder mehr - zu sammeln und geschlossen weiterzuleiten: "Wer einen Fall von Grundrechts- und Menschenrechtsverletzungen in der DDR kennt, der sollte ihn dokumentieren, ins Englische übersetzen und dann das Ganze in einen Umschlag stecken, der folgende Adresse tragen muß:

Division of Human Rights, Palais
des Nations, CH-1211 Geneve 10.

Dies sollte man in einen zweites Kuvert stecken und an meine Adresse senden -

Brigitte Klump, 8069 Rohrbach."

Offizielle Stellen machten und machen Brigitte Klump wenig Hoffnung. Sie machte weiter, trotz aller Unkenrufe. Als man feststellte, wie erfolgreich sie ist, als sich abzuzeichnen begann, daß es ihr tatsächlich gelingen könnte, die DDR vor die Menschenrechtskommission zu ziehen, boten ihr bundesdeutsche Dienststellen, denen an einem Eklat für die DDR nicht gelegen ist, an, noch einmal alle diplomatischen Hebel in Bewegung zu setzen, um ihren Neffen rauszuholen.

Brigitte Klump winkte ab. Ihr ging es längst nicht mehr nur um den Neffen.

"Ich will allen, die sich nicht wehren können, vor-

kämpfen gegen die übermächtigen Apparate.
Im übrigen wird die DDR angesichts der drohenden Verurteilung vor der UNO alle rauslassen, die sie belasten könnten."

Ihr Neffe ist inzwischen raus - mit seinen Eltern!

A C H T U N G !

DIE INITIATIVGRUPPE DER DEUTSCHEN AUS DER UdSSR LADET SIE ZU EINER DEMONSTRATION EIN, DIE AM 6.03.81 VON 12 UHR BIS 17 UHR UND AM 7.03.81 VON 9 UHR BIS 14 UHR BEI DER BOTSCHAFT DER UdSSR IN BONN (Waldstraße 42, Bonn - Bad Godesberg) STATTFINDET.

Während der Demonstration wird offen die Frage der Familienzusammenführung u d der Ausreise der Deutschen aus der UdSSR gestellt.

DIE ENTWICKLUNG DER AUSSIEDLERZAHLEN IN 30 JAHREN

Seit Beginn der Bundesstatistik im Jahre 1950 sind bis zum 31. Dezember 1979, somit in 30 Jahren rund 1 015 000 Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland gekommen

Es kamen aus dem polnischen Bereich	605 510
aus Jugoslawien u. übr. Gebieten	99 461
aus Rumänien	91 163
aus der Tschechoslowakei	88 372
aus der Sowjetunion	78 743
aus Übersee und anderen Länder	50 191
ohne Angabe:	1 560

1 015 000

1 9 5 0 - 1 9 7 9

Jahr	UdSSR	Polen	CSSR	Rumänien	Jugosl. u. übrige Auss. Geb.	Gesamt
1950	-	31761	13308	13	574	47165
1951	1721	10791	3524	1031	3950	21067
1952	63	194	146	26	5107	5537
1953	-	147	63	15	8071	8296
1954	18	662	128	8	9574	10390
1955	154	860	184	44	11960	13202
1956	1016	15674	954	176	7482	25302
1957	923	98290	762	384	7331	107690
1958	4122	117550	692	1383	5913	129660
1959	5563	16252	600	374	4347	27136
1960	3272	7739	1394	2124	3642	18171
1961	345	9303	1207	3303	2256	16414
1962	894	9657	1228	1675	2279	15733
1963	209	9522	973	1321	2844	14869
1964	234	13611	2712	818	2724	20099
1965	366	14644	3210	2715	2932	23864
1966	1245	17315	5925	609	2719	27813
1967	1092	10856	11628	440	2211	26227
1968	598	8435	11854	614	1700	23201
1969	316	9536	15602	2675	1744	29873
1970	342	5624	4207	6519	1898	18594
1971	1145	25241	2337	2848	1701	33272
1972	3426	13476	894	4374	1410	23580
1973	4494	8902	525	7577	1234	22732
1974	6541	7825	378	8484	1087	24315
1975	5985	7040	514	5077	711	19327
1976	9704	29366	849	3764	565	44248
1977	9274	32861	612	10989	433	54169
1978	8455	36102	904	12120	481	58062
1979	7226	36274	1058	9663	581	54802

78743 605510 88372 91163 99461 963249

ohne Angabe: 1560
aus Übersee u. anderen Länder 50191

von 1950-1979 1015000

